

VIKTÓRIA FICHTNER-FÜLÖP*

Staatsziele, Grundrechte und Rentenversicherung

Vergleich des verfassungsrechtlichen Schutzes in der Bundesrepublik Deutschland und in Ungarn

I. Einleitung

In den letzten fünf Jahren fanden weitreichende Änderungen in der ungarischen Rechtsordnung statt. Eine neue Verfassung, das Grundgesetz¹, wurde erlassen und das Privatrentensystem überwiegend abgeschafft.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, welchen Änderungen die Grundrechte durch die Fidesz-Regierung seit 2010 unterzogen wurden und wie sich diese Änderungen auf das Rentensystem auswirken.

Das neue Grundgesetz und die damit verbundenen weiteren Umstrukturierungen wurden im Schrifttum und vor allem in den Medien als Abkehr von der demokratischen Rechtsordnung kritisiert.² Um diese Vorwürfe aus einem anderen Blickwinkel beurteilen zu können, wird im Rahmen dieses Beitrags ein kurzer Vergleich mit dem deutschen Recht vorgenommen. Aufgrund des langjährigen Einflusses der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (im Weiteren: BVerfG) auf die Rechtsprechung des ungarischen Verfassungsgerichts stellt sich die Frage, wieweit sich das ungarische Verfassungsgericht von der Rechtsprechung des BVerfG entfernt hat.

* ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik.

¹ Magyarország Alaptörvénye, 2011. április 25. (GrundG)

² Vgl. KÜPPER, HERBERT: *Voreilige Unkenrufe oder Demontage des Rechtsstaats?* – Das ungarische Verfassungsgericht nach den ersten vier Jahren Fidesz-Herrschaft, JOR 56 (1/2015), S.85; BOZÓKI ANDRÁS: *Autoritäre Versuchung*, in: Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft, Ungarn-Sonderheft Osteuropa 2011/12, S.65–87; HALMAI GÁBOR: *Hochproblematisch, Ungarn neues Grundgesetz*. In: Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft, Ungarn-Sonderheft Osteuropa 2011/12, S.144–156; TÓTH GÁBOR ATTILA: *Macht statt Recht. Deformation des Verfassungssystems*. In Ungarn, Osteuropa 4/2013, S.21–28.

II. Verfassungsrechtlicher Schutz der Rentenansprüche in der Bundesrepublik

Deutschland

Das Grundgesetz (GG) schützt die soziale Sicherheit, und darunter auch die Rentenversicherung, durch das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 S. 1 GG) und durch Grundrechte³.

Aus dem Sozialstaatsprinzip leitet das Bundesverfassungsgericht das Gebot der sozialen Sicherheit und das Gebot der sozialen Gerechtigkeit ab.⁴ Dies bedeutet, dass der Staat für alle für ein menschenwürdiges Existenzminimum sorgen muss. Darüber hinaus ist er verpflichtet, die Lebensverhältnisse im Sinne sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu gestalten, wobei ihm ein Gestaltungsspielraum zusteht. Einen subjektiv-rechtlichen Anspruch begründet das Grundgesetz im Rahmen des Sozialstaatsprinzips grundsätzlich nicht. Dieser bedarf einer gesetzlichen Grundlage. Vielmehr erlangt das Sozialstaatsprinzip seine Bedeutung bei der Auslegung der Gesetze, die die Sozialleistungen vermitteln.⁵ Auf der institutionellen Seite genießt das Rentensystem keinen verfassungsrechtlichen Bestandsschutz, sondern könnte vom Gesetzgeber auf andere Grundlagen gestellt werden.⁶ Wirksame Grenzen beim Um- und Abbau stellen die Grundrechte, wie der menschenwürdige Mindestschutz (Art. 1 Abs. 1 GG) und der Eigentumsschutz (Art. 14 Abs. 1 GG) dar.

Das BVerfG hat den sozialen Schutz mit Hilfe der Freiheitsrechte und anhand des Sozialstaatsprinzips weiterentwickelt. Bedeutsam ist hinsichtlich sozialrechtlicher Rentenansprüche und Rentenanwartschaften Art. 14 Abs. 1 GG, die Eigentumsgarantie. Das BVerfG leitete in seiner Entscheidung zum Versorgungsausgleich aus Art. 14 Abs. 1 GG den Eigentumsschutz für Rentenansprüche und Rentenanwartschaften ab. Demnach sind vermögenswerte Rechtspositionen geschützt, die nach Art eines Ausschließkeitsrechts dem Rechtsträger privatnützig zugeordnet sind, im Zusammenhang mit einer eigenen Leistung stehen oder ausschließlich auf einem Anspruch beruhen, den der Staat in Erfüllung seiner Fürsorgepflicht durch Gesetz einräumt.⁷

Der Gleichheitssatz gemäß Art. 3 Abs. 1 GG erlangte große Bedeutung, um soziale Ungerechtigkeiten zu vermeiden und stellt die Grenze des Entscheidungsspielraums des Gesetzgebers dar. Ein Leistungsanspruch kann auf Art. 3 Abs. 1 GG begründet werden, wenn andere in vergleichbarer Situation Sozialleistungen erhalten.⁸

Wichtiges Merkmal des Grundgesetzes der Bundesrepublik ist, dass es keine explizit formulierte soziale Rechte (Recht auf soziale Sicherheit oder Gesundheit) enthält. Dies wird einerseits historisch begründet. Andererseits würde ein subjektiv öffentliches Recht leerlaufen,

³ WALTERMANN, RAIMUND: *Sozialrecht*, 8. Aufl., Heidelberg, 2009, S.5–7.

⁴ BVerfGE 5, 85 (198); 6, 55 (72); 8, 274 (329).

⁵ WALTERMANN 2009, S.6 (Fn. 3); PAPIER, HANS-JÜRGEN: *Der Einfluss des Verfassungsrechts auf das Sozialrecht*. In: von Maydell – Bernd Baron von – Ruland, Franz – Becker, Ulrich (Hrsg.), *Sozialrechtshandbuch SRH*, 5. Aufl., Baden-Baden, 2012, S.113–116.

⁶ BVerfGE 100, 1 (39); SCHULIN, BERTRAM/IGL, GERHARD/WELTI, FELIX, *Sozialrecht*, 8. Aufl., Neuwied, 2007, S.24–28.

⁷ BVerfGE 53, 257 (291); Vgl. SODAN, HELGE: *Verfassungsrechtliche Determinanten der gesetzlichen Rentenversicherung*, NZS 2005, 561; SCHULIN/IGL/WELTI 2007, S.23 (Fn. 6); PAPIER 2012, S.126–137 (Fn.5).

⁸ Vgl. BVerfGE 43, 213 (227); 51, 115 (122); GITTER, WOLFGANG/SCHMITT, JOCHEM, *Sozialrecht*, 5., wesentlich überarbeitete Auflage, München, 2001, S.21–22; SCHULIN/IGL/WELTI 2007, S.23. (Fn. 6)

weil das Grundgesetz für die Ausgestaltung keine Vorgaben geben kann. Zudem sind Sozialleistungen von Finanzmitteln abhängig. Das Prinzip der Gewaltenteilung wäre verletzt, wenn ein Leistungsanspruch aufgrund eines Grundrechts durchgesetzt werden könnte.⁹

III. Verfassungsrechtlicher Schutz der Rentenansprüche in Ungarn

III. 1. Schutz gemäß der alten Verfassung

Die alte Verfassung¹⁰ sicherte gemäß § 70/E das Recht auf soziale Sicherheit. Die Formulierung der Verfassung lässt auf den ersten Blick darauf schließen, dass das Recht auf soziale Sicherheit subjektiv-rechtlich ausgestaltet ist. Dies wurde jedoch vom Verfassungsgericht zunächst verneint.¹¹ Der Staat erfülle gemäß den Entscheidungen des Verfassungsgerichts seine Verpflichtungen, wenn er die institutionellen Grundlagen der Sozialversicherung und die Sozialhilfe schafft und für die Erhaltung dieser Systeme sorgt. Somit stellte § 70/E Verf nur einen objektiven Institutionsschutz dar.¹² Im Zusammenhang mit dem Bokros-Paket aus dem Jahr 1995 wurde die Dogmatik insoweit erweitert, dass das Verfassungsgericht den subjektiv-rechtlichen Kern des 70/E i.V.m. § 54 Verf auf das Recht auf Lebensunterhaltsleistung (*megélhetéshez szükséges ellátáshoz való jog*) reduzierte. Demnach beinhaltet das Recht auf soziale Sicherheit die staatliche Sicherung eines minimalen Lebensunterhalts, der von der Gesamtheit der sozialen Leistungen gesichert wird und der für die Verwirklichung des Rechts auf Menschenwürde unentbehrlich ist. Dadurch entsteht also kein subjektives Recht auf einzelne Leistungen und bedeutet kein gesichertes Einkommen und keine Garantie des erreichten Lebensstandards.¹³ Verfassungswidrig waren nach dem alten Recht die staatlichen Maßnahmen nur dann, wenn sie offensichtlich für die staatliche Aufgabe ungeeignet waren oder gegen die Rechtssicherheit (Vertrauensschutz) bzw. Schutz erworbener Rechte (*szerzett jogok védelme*) verstoßen.¹⁴

Darüber hinaus dehnte das Verfassungsgericht im Bezug auf die Sozialversicherungsleistungen den Eigentumsschutz aus und schuf eine verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie.¹⁵

⁹ SCHULIN/IGL/WELTI 2007, S.23. (Fn. 6)

¹⁰ 1949. évi XX tv., im Weiteren: Verf.

¹¹ 31/1990. (XII.18.) AB hat., 2093/B/1991. AB hat., ABH 1992, 546; 32/1991 (VI.6.) AB hat., ABH 1991, 146; Vgl. JUHÁSZ GÁBOR: *Allamcélok, paradigmaváltás és aktuálpolitikai alkotmányozás. A szociális jogok védelme az alaptörvényben*. Esély 2015/1, S.8–11.

¹² 32/1991 (VI.6.) AB hat., ABH 1991, 143; 43/1995. (VI.30.) AB hat., ABH 1995, 188, 192.

¹³ 32/1998 (VI.25.) AB hat., ABH 1998, 251; 42/2000. (XI.8.) AB hat., ABH 2000, 329; HOLLÓ ANDRÁS: *Alapvető jogok és kötelezettségek*. In: Holló András – Balogh Zsolt (Hrsg.): *Az értelmezett Alkotmány*, Budapest, 2005, S.951–953; CHRONOWSKI NÓRA – DRINÓCZI TÍMEA: *A szociális biztonsághoz való jog*. In: Drinóczi Tímea (Hrsg.): *Magyar alkotmányjog III., Alapvető jogok*, Budapest–Pécs, 2006, S.542; TAKÁCS ALBERT: *A szociális jogok*. In: Halmi Gábor/Tóth Gábor Attila (Hrsg.): *Emberi jogok*, Budapest, 2003, S.816.

¹⁴ 63/1993. (XII.22.) AB hat., ABH 1993, 373; BALOGH ZSOLT: *Paradigmaváltás lehetőségei a szociális jogok védelme terén*. Jogtudományi Közlöny 2005/9, S.363–371; FICHTNER-FÜLÖP VIKTÓRIA: 2012, S.260, 274–280; JUHÁSZ GÁBOR: *A gazdasági és szociális jogok védelme az Alkotmányban és az Alaptörvényben*. Fundamentum 2012/1, S.45–46.

¹⁵ 43/1995. (VI.30.) AB hat., ABH 1995, 188; TAKÁCS 2003, S.833–834 (Fn. 13); NUBBERGER, ANGELIKA:

Kurz nach den Wahlen im Jahr 2010 bereitete die neue Regierung die Reform des Rentensystems, darunter auch die Enteignung der Privatrentenkassen, vor. Sie wählte die Methode, den verfassungsrechtlichen Schutz der Renten gemäß ihren politischen Interessen durch Änderung der Verfassung zu schwächen.

Die obligatorische Privatrente wurde mit der Rentenreform im Jahr 1997 eingeführt und diente als zweite Säule der Rentenversicherung.¹⁶ Die Enteignung der Rentenkassen erfolgte in mehreren Schritten und endete mit dem automatischen Rücktritt der meisten Kassenmitglieder.¹⁷ Die Mitgliedsbeiträge, die auf Einzelkonten gesammelt wurden, wurden schließlich auf einen speziellen Fonds (Rentenreform- und Verschuldungsabbau fond, *Nyugdíjreform és Adósságcsökkentő Alap*) übertragen. Aus diesem Fonds wurden die laufenden staatlichen Renten gedeckt. Zwar erhielten die Mitglieder der privaten Rentenkassen sog. Entgeltpunkte in der staatlichen Rentenversicherung. Diese waren, wie es Küpper treffend anmerkt, „faktisch wertlos“.¹⁸

Bereits an diesem Fall lässt sich erkennen, dass das Verfassungsgericht bei politisch wichtigen Entscheidungen in der neueren Zeit die Konfrontation meidet. Zwar beriefen sich die Antragsteller darauf, dass das Enteignungsgesetz nicht den verfassungsmäßigen Anforderungen an eine Enteignung entspreche, entschied das Verfassungsgericht in der Sache nicht. Das Gericht verneinte seine Zuständigkeit mit der Begründung, dass die Kategorie der „vollen Entschädigung“ keine rechtliche, sondern eine wirtschaftliche Kategorie sei, und daher das Verfassungsgericht nicht beurteilen dürfe.¹⁹

Im Juni 2011 wurde § 70/E Verf mit einem neuen Absatz (Abs. 3) ergänzt, der die Einschränkung bzw. Rücknahme der bereits bestehenden Ansprüche auf vorgezogene Altersrente bezweckte.²⁰ Eine einfachgesetzliche Regelung hätte gegen die verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie und den Schutz erworbener Rechte verstoßen und wäre damit verfassungswidrig. Durch die direkte Regelung in der Verfassung wurde die frühere Argumentation des Verfassungsgerichts umgegangen.²¹ Aufgrund dieser Praxis stellte sich die Frage der verfassungsrechtlichen Prüfung von Verfassungsänderungen.²² Das Verfassungsgericht beschäftigte sich in drei Entscheidungen mit der Überprüfung von Verfassungsänderungen.²³ In der ersten Entscheidung verneinte das Gericht seine Zuständigkeit. Im Jahr 2012 änderte das Gericht seine Meinung sofern, dass es die prinzipielle

Die verfassungsrechtliche Dimension der Neugestaltung des Arbeits- und Sozialrechts in den mittel- und osteuropäischen Ländern, Osteuroparecht, 2004/3, S.232; FICHTNER-FÜLÖP 2012, S.252 (Fn. 14).

¹⁶ 1997. évi LXXX. tv., 1997. évi LXXXI. tv., 1997. évi LXXXII. tv. Vgl. FERGE ZSUZSA: *Szociális törvénykezés a rendszerváltás óta*. Esély 1998/3, S.10–14; AUGUSZTINOVICS MÁRIA – GÁL RÓBERT IVÁN – MATITS ÁGNES – MÁTÉ LEVENTE – SIMONOVITS ANDRÁS – STAHL JÁNOS: *A magyar nyugdíjrendszer az 1998-as reform előtt és után*. Közgazdasági Szemle, 2002/6, S. 473–517; CZÚCZ OTTÓ: *A társadalombiztosítási ellátások, A magyar társadalombiztosítási nyugdíjrendszer (és a kiegészítő magánpénztári, valamint önkéntes nyugdíjintézmények*. In: Czúcz Ottó, Szociális jog II., Budapest, 2005, S.156–302.

¹⁷ 2010. évi CLIV. tv. 28. §

¹⁸ FICHTNER-FÜLÖP 2012, S.63–64 (Fn.14); KÜPPER 2015, S.124 (Fn. 2).

¹⁹ 3101/2012. (VII.26.) AB végz., ABH 2012, 347; KÜPPER 2015, S.124. (Fn. 2)

²⁰ 2011. évi LXI. tv. 2. §; Diese Verfassungsänderung enthielt mehrere Übergangsregelungen in Verbindung mit dem bereits verabschiedeten Grundgesetz.

²¹ JUHÁSZ 2012, S.46 (Fn. 14); JUHÁSZ 2015, S.12 (Fn. 11).

²² SÓLYOM LÁSZLÓ: *Verfassungswidrige Verfassungsänderung und Normenhierarchie*. JOR 55 (1/2014), S.20.

²³ 61/2011. (VII.13) AB hat., ABH 2011, 696; 45/2012 (XII.29.) AB hat., ABH 2013, 2; 12/2013 (V.24.) AB hat., ABH 2013, 542.

Möglichkeit der Überprüfung feststellte. Ein Jahr später kehrte das Verfassungsgericht zu seiner ersten Entscheidung zurück und „nahm den ausdrücklichen Ausschuss seiner Zuständigkeit zur Kenntnis“.²⁴ Das Gericht stellte zwar in diesen Entscheidungen die serienhafte Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, der Legitimität und der Grundrechte fest und betont, dass das Gericht selbst infolge von Kompetenzbeschränkungen seine Aufgabe, Grundrechte zu schützen, nicht wahrnehmen kann. Die Richter haben jedoch die eigenmächtige Zuständigkeitsausdehnung verworfen, da dies die ausgewogene Gewaltenteilung verändern würde.²⁵ Sólyom sieht die eigenmächtige Zuständigkeitsausdehnung jedoch gerade als die Wiederherstellung des Gleichgewichts, was die Aufgabe des Verfassungsgerichts gewesen wäre.²⁶ Für die inhaltliche Überprüfung der Verfassungsänderungen ist ein objektiv materieller Maßstab notwendig, was aus den in der Verfassung und im Völkerrecht gemeinsam anerkannten Werten und Prinzipien besteht. Alle drei Verfassungsgerichtsentscheidungen sprechen die Existenz eines solchen Maßstabes aus, was jedoch, wie Sólyom feststellt, „nach dem geltenden Recht in Ungarn die Verwirklichung dieses Maßes nicht erzwingbar ist“.²⁷

III. 2. Änderungen nach Verabschiedung des neuen Grundgesetzes

Das neue Grundgesetz trat am 1.1.2012 in Kraft. Artikel XIX regelt das System der sozialen Sicherheit. Auch hier wurde die bekannte Methode, wie bei § 70/E Abs. 3 Verf. vom Parlament gewählt, die verfassungsrechtliche Überprüfung der wichtigen politischen Entscheidungen auszuschließen.²⁸ Mit der neuen Formulierung von Art. XIX Abs. 1 GrundG „Ungarn ist bestrebt für alle Staatsbürger soziale Sicherheit zu gewähren“, endet die Diskussion darüber, ob das Recht auf soziale Sicherheit subjektive Rechte gewährt, denn die Formulierung die Gewährung eines subjektiven Rechts eindeutig ausschließt.²⁹ Weitere Änderung ist, dass das Grundgesetz keine Vorschriften darüber enthält, welche Mindestleistungen der Staat sichern muss. In der alten Verfassung wurde zumindest ein Recht auf Lebensunterhalt bestimmt. Ungarische Staatsbürger haben jedoch gemäß Art. XIX. Abs. 1 S.2 GrundG „im Fall von Mutterschaft, Krankheit, Invalidität, Behinderung, Witwen- und Waisenstand und Arbeitslosigkeit Anspruch auf gesetzlich festgelegte Leistungen“. Diese Vorschrift bestimmt also die Pflicht des Staates soziale Leistungssysteme zu unterhalten, ohne jedoch die konkrete Form oder Höhe der Leistungen vorzuschreiben.³⁰

Gemäß Art. XIX Abs. 2 GrundG verwirklicht Ungarn die soziale Sicherheit durch soziale Institutionen und Maßnahmen. Für Diskussion sorgte die neue Formulierung in der Hinsicht, dass die Sozialversicherung, entgegen § 70/E Abs. 2 Verf. nicht erwähnt wurde.

²⁴ SÓLYOM 2014, S.20 (Fn. 22).

²⁵ Vgl. 45/2012 (XII.29.) AB hat., ABH 2013, 2, 19; 12/2013 (V.24.) AB hat., ABH 2013, 542, 546.

²⁶ SÓLYOM 2014, S.20 (Fn. 22); Vgl. SÓLYOM LÁSZLÓ: *Ende der Gewaltenteilung, Zur Änderung des Grundgesetzes*. In Ungarn, Osteuropa 4/2013, S.5–12.

²⁷ SÓLYOM 2014, S.21 (Fn. 22)

²⁸ Vgl. auch im Zusammenhang mit der vierten Novelle des Grundgesetzes: ZELLER JUDIT: *Nichts ist so beständig...*Die jüngsten Novellen des Grundgesetzes Ungarns im Kontext der Entscheidungen des Verfassungsgerichts. Osteuroparecht 2013/3, S.308–309.

²⁹ JUHÁSZ 2015, S.12–13 (Fn. 11); Vgl. 23/2013. (IX.25.) AB hat., ABH 2013, 922, 929; 3217/2014. (IX.22.) AB végz., ABH 2014, 1219, 1223.

³⁰ 3217/2014. (IX.22.) AB végz., ABH 2014, 1219, 1223.

Einerseits könnte man annehmen, dass die Änderung nur der Vereinfachung des Gesetzestextes dient, wobei soziale Institutionen im weiten Sinne verstanden werden und nicht nur die Sozialhilfe (*szociális ellátások*), wie im ungarischen Recht der Begriff „soziale Leitungen“ im engeren Sinne verwendet werden, umfassen.³¹ Andererseits könnte die Änderung bedeuten, dass der sog. objektive Institutionsschutz der Sozialversicherung dadurch abgeschafft wurde, um dem Gesetzgeber die Einführung eines bedürftigkeitsabhängigen Rentensystems zu ermöglichen.³²

Die letzten zwei Absätze von XIX GrundG bezwecken die Durchsetzung von tagespolitischen Zielsetzungen (siehe oben). Abs. 3 legt fest, dass die gesetzliche Regelung die Form und Höhe der gewährten Sozialleistung von der für die Gesellschaft nützliche Tätigkeit des Leistungsempfängers bestimmen kann. Diese Vorschrift ebnet den Weg zu einer „verpflichtungs-orientierten“ Umstrukturierung des Sozialhilfesystems.³³

Art. XIX Abs. 4 GrundG beschäftigt sich mit dem Rentensystem und konserviert die vorangehende Enteignung der obligatorischen Rentenkassen. Demnach „unterstützt Ungarn die Sicherung des Lebensunterhalts im Alter durch die Aufrechterhaltung des auf gesellschaftlicher Solidarität beruhenden einheitlichen staatlichen Rentensystems sowie durch die Ermöglichung freiwilliger Institutionen. Das Grundgesetz schreibt also ein einheitliches staatliches Rentensystem vor. Als grundlegendes Prinzip des Rentensystems nennt es nur das Solidaritätsprinzip, nicht jedoch das für die Rentenversicherung typische Versicherungsprinzip. Ziel der Änderung wird wieder im Zusammenhang mit dem vorangehenden Änderungen klar. Der Gesetzgeber änderte die vom Arbeitgeber zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge in soziale Steuern (*szociális hozzájárulási adó*) und bezweckte damit die Einschränkung der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie der Rentenleistungen.³⁴ Die Einschränkung der Eigentumsgarantie kann jedoch nicht mit der bloßen Umbenennung ohne die Änderung deren Funktion erfolgen. Für eine bloße Umbenennung spricht in diesem Fall, dass die neuen sozialen Steuern auch in den Rentenversicherungsfonds fließen, der Finanzierung der Rentenleistungen dienen und das Haushaltsgesetz genau bestimmt, welcher Teil der Steuer (im Jahr 2016 79,43%) dem Rentenversicherungsfond zusteht. Daher dürfe diese Umbenennung nicht zur Schwächung der eigentumsrechtlichen Positionen führen.³⁵

Nach der Verabschiedung des neuen Grundgesetzes war vorerst unklar, ob das Verfassungsgericht auf seine alte Rechtsprechung zurückgreifen darf. Die 4. Grundgesetzänderung stellte im Jahr 2013 klar, dass die vor Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassenen Verfassungsgerichtsurteile „ihre Geltung“ verlieren.³⁶ Bei näherer Betrachtung kann man jedoch feststellen, dass die Bedeutung dieser Vorschrift doch Fragen aufwirft. Die alte Rechtsprechung des Verfassungsgerichts hatte keine bindende Wirkung, wie formale Präzedenzen. Der Rückgriff auf die alten Entscheidungen erfolgte aufgrund Ihrer „dogmatisch-

³¹ Vgl. FICHTNER-FÜLÖP 2012, S. 110–111 (Fn.14).

³² JUHÁSZ 2015, S.14–15 (Fn. 11).

³³ JUHÁSZ 2015, S.15 (Fn. 11).

³⁴ JUHÁSZ 2015, S. 16 (Fn. 11) Vgl. auch HALMAI 2011, S.152. (Fn. 2)

³⁵ 2015. évi C. tv. 33. § (1) bek.; <http://www.parlament.hu/irom40/04730/adatok/fejezetek/71.pdf>, (Stand: 13.01.2016.)

³⁶ Magyarország Alaptörvényének negyedik módosítása (Vierte Grundgesetzänderung), 19. cikk (2); KÜPPER, HERBERT: *Ungarn*. IOR-Chronik WiRO 2013, S.218–219.

intellektuellen Stärke“.³⁷ Gemäß der Gesetzesbegründung zum Grundgesetz sollte diese Vorschrift nur sichern, dass das Verfassungsgericht nicht an seine früheren Entscheidungen, die aufgrund der alten Verfassung ergingen, gebunden ist. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass das Gericht bei der Auslegung des Grundgesetzes auf die gleichen Schlussfolgerungen wie früher kommt.³⁸

Daher entwickelte das Verfassungsgericht eine Prüfung, um die „textlich-inhaltliche Kontinuität zwischen der alten Verfassung und dem neuen Grundgesetz“ festzustellen.³⁹ Sofern im Ergebnis eine Kontinuität vorliegt, greift das Verfassungsgericht auf seine alte Rechtsprechung zurück. Zwar wurde die Kontinuität für das Recht auf sozialer Sicherheit verneint, wiederum bei für die Rentenversicherung wichtige Grundrechte, wie Eigentumsschutz, Gleichbehandlungsgebot und Menschenwürde hat das Gericht das Vorliegen einer Kontinuität festgestellt.⁴⁰

IV. Auswertung

Hinsichtlich der Frage, ob das Recht auf soziale Sicherheit subjektiv-rechtliche Ansprüche begründet, stellte das Grundgesetz klar, dass Art. XIX Abs. 1 GrundG nur ein Staatsziel darstellt. Da gemäß der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts auch § 70/E Verf grundsätzlich keinen subjektiv-rechtlichen Anspruch gewährte, änderte das Grundgesetz in dieser Hinsicht den verfassungsrechtlichen Schutz nicht. Im Vergleich dazu gewährt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland durch das Sozialstaatsprinzip auch keine subjektiv-rechtliche Ansprüche und ein Recht auf soziale Sicherheit wurde nicht normiert.

Zwar bestimmt Art. XIX Abs. 1 GrundG nicht konkret, welche Mindestleistung der Staat gewähren muss, in Verbindung mit der Menschenwürde (Art. II GrundG) kann jedoch ein Recht auf Lebensunterhaltsleistung begründet werden.

In Verbindung mit Art. XIX Abs. 2 GrundG stellt sich die Frage, ob der objektive Institutionsschutz für die Rentenversicherung durch die neue Formulierung abgeschafft wurde. Wenn man diese Frage bejaht, dann hat der Gesetzgeber die Freiheit, das Rentenversicherungssystem umzubauen. Diese Freiheit hat der Gesetzgeber auch in der Bundesrepublik grundsätzlich. Im Fall eines Um- bzw. Abbaus wird auch das ungarische Verfassungsgericht, wie das BVerfG, die Grenzen durch die Heranziehung der Grundrechte, wie Menschenwürde und Eigentumsgarantie, herausarbeiten müssen. Es ist jedoch angesichts der Entscheidung über die Enteignung der Rentenkassen fraglich, ob das Verfassungsgericht bei einer eventuellen Abschaffung der Rentenversicherung die Konfrontation mit dem Gesetzgeber suchen wird.

³⁷ KÜPPER 2015, S.127 (Fn. 2).

³⁸ T/9929 Magyarország Alaptörvényének negyedik módosítása, Részletes Indokolás, A 19.cikkhez, <http://www.parlament.hu/irom39/09929/09929.pdf> (Stand: 14.01.2016).

³⁹ KÜPPER 2015, S.125 (Fn. 2); 22/2012. (V.11.) AB hat., ABH 2012, 10; ERDŐS CSABA: *Az 1989-es Alkotmányon nyugvó alkotmánybírósági határozatok hatályon kívül helyezésének egyes aspektusai*. In: Gárdos-Orosz Fruzsina/Szente Zoltán (Hrsg): *Alkotmányozás és alkotmányjogi változások Európában és Magyarországon*, Budapest, 2014, S.297–315; TÉGLÁSI ANDRÁS: *Az Alkotmánybíróság alapjogvédelmi gyakorlata az Alaptörvény hatálybalépése után*. *Közjogi Szemle* 2015/2, S.17–23.

⁴⁰ 23/2013. (IX. 25.) AB hat., ABH 2013, 692; jedoch: 40/2012 (XII.6.) AB hat., ABH 2012, 229.

Hinsichtlich der Verfassungsänderungen, welche der Durchsetzung tagespolitischer Zielsetzungen dienen, argumentiert das Verfassungsgericht mit dem Prinzip der Gewaltenteilung und verneint seine Zuständigkeit. *Sólyoms* Feststellung, dass es bereits eine Verschiebung in der Gewaltenteilung durch die Verabschiedung der Verfassungsänderungen stattgefunden hat, ist naheliegend. Die eigenmächtige Zuständigkeitsausdehnung des Verfassungsgerichts als weiterer Schritt ist nur dann denkbar, wenn das Gericht seine Rolle als Wächter der demokratischen Ordnung, wie nach der Wende, aktiv und mit kämpferischem Enthusiasmus wahrnehmen würde und die Orientierung am Maßstab der unsichtbaren Verfassung⁴¹ wieder einführen würde.

FICHTNER-FÜLÖP VIKTÓRIA

ÁLLAMCÉLOK, ALAPJOGOK ÉS NYUGDÍJBIZTOSÍTÁS

(Összefoglalás)

Az elmúlt öt esztendőben messzemenő változásokon esett át a magyar jogrendszer: a kötelező magánnyugdíjrendszer megszüntetésre került, a Fidesz a kétharmados parlamenti többségével egy sor aktuálpolitikai célokat valamint az alkotmánybíróági felülvizsgálat ellehetetlenítését szolgáló alkotmánymódosításokat fogadtatott el. Majd 2011-ben a parlament megalkotta Magyarország Alaptörvényét.

Ezen tanulmány arra a kérdésre keresi a választ, hogy milyen változásokat hozott a nyugdíjrendszer alkotmányos védelme tekintetében az új alkotmány. A vizsgálat tárgyát képezi továbbá, hogy a módosítások során a demokratikus jogrend sérült-e. Ennek megállapítására röviden bemutatásra és elemzésre kerül a német nyugdíjrendszer alkotmányos védelmének a rendszere, annak megválaszolására, hogy a kezdetektől nagy hatással bír, mint a demokratikus jogrend mércéjéül szolgáló, német alkotmánybíróság ítélkezési gyakorlatától mennyire távolodott el a magyar alkotmánybíróság.

⁴¹ KIS JÁNOS: *Az első magyar Alkotmánybíróság értelmezési gyakorlata*. In: Halmai Gábor (Hrsg.), *A megtalált Alkotmány? A magyar alapjogi bíraskodás első kilenc éve*, Budapest, 2000, S.48-53; SÓLYOM LÁSZLÓ: *Az emberi jogok című tankönyv elé*. *Fundamentum* 2003/1, S.168.